

DIE EINSTELLUNG DER SLOWAKISCHEN VOLKSPARTEI ZU DEN JUDEN WÄHREND DER ZWEITEN TSCHECHOSLOWAKISCHEN REPUBLIK¹

Von Ladislav Lipscher

Die ersten praktischen politischen Erfahrungen sammelten die slowakischen klerikalen Politiker in der ungarischen Volkspartei (Néppart), die im Jahre 1894 als Oppositionspartei klerikal-konservativer Richtung gegründet wurde. Unmittelbares Motiv der Parteigründung war der Widerstand bestimmter klerikaler Kreise gegen das Inkrafttreten der kirchenpolitischen Gesetze, die in der Folge tiefgreifender Wandlungen im öffentlichen und Wirtschaftsleben Ungarns zustande gekommen waren. Die Liberalisierung des staatlichen und öffentlichen Lebens brachte die faktische und rechtliche Gleichstellung der Juden mit sich. Die in den Jahren 1894—1895 erlassenen kirchenpolitischen Gesetze waren ein Ausdruck dieses Liberalisierungsprozesses und verliehen der Gleichstellung der Juden insbesondere in religiöser Hinsicht eine rechtliche Grundlage².

Nach der Gründung der Ersten Tschechoslowakischen Republik formierte sich die slowakische klerikale Bewegung in der Slowakischen Volkspartei³ (weiter SVP).

Unter den Bedingungen der Vereinigung zweier Territorialeinheiten mit unterschiedlicher historischer Entwicklung zu einem Staatswesen traten alsbald ernste Komplikationen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Charakters auf. Die aus den böhmischen Ländern kommenden fortschrittlicheren sozialen Strömungen begegneten nicht überall in der Slowakei vollem Verständnis, vor allem nicht in den von der katholischen Kirche beeinflussten Kreisen.

Die Eingriffe des wesentlich leistungsfähigeren böhmisch-mährischen Industrie- und Finanzpotentials führten zu einer völligen Reorganisierung der gesamtstaatlichen Ökonomik. In der Slowakei wirkten sich diese Eingriffe jedoch stark negativ aus, und zwar nicht nur in der wirtschaftlichen, sondern natürlich auch in der gesellschaftlichen Sphäre. Diese Situation wurde zum Ausgangspunkt und zur

¹ Auszug aus dem Manuskript des Verfassers über die Lage der Juden im slowakischen Staat (1939—1945).

² Es sind insbesondere: Gesetzesartikel XLII/1895, der die jüdische Religion den rezipierten christlichen Konfessionen gleichstellte, und Gesetzesartikel XLIII/1895 über die freie Religionsausübung.

³ Die SVP wurde offiziell am 19. 12. 1918 gegründet. Rede des Abg. Dr. Kmetko. Stenographische Berichte von der 15. Sitzung der Nationalversammlung der Tschechoslowakischen Republik, 10. 1. 1919.

Durch den Entscheid ihres Exekutivausschusses vom 17. 10. 1925 wurde sie in Hlinkas Slowakische Volkspartei umbenannt.

Grundlage der SVP bei der Gestaltung ihres Programms sowie bei der Ausrichtung ihrer politischen Praxis⁴.

Die Anhänger der SVP bildeten kein einheitliches Ganzes. Sie rekrutierten sich aus verschiedenen sozialen Gruppierungen. Und jede dieser Gruppierungen hatte ihre besonderen Forderungen und Vorstellungen. Darum mußte zunächst das Bindemittel gefunden werden, das sie einen würde. Diesen Kitt stellte die Autonomieforderung für die Slowakei dar⁵. Daß diese Forderung zum Aushängeschild der politischen Praxis gemacht wurde, hatte den Zweck, all die anzusprechen, die aus verschiedenen Gründen mit ihrer Position unzufrieden waren und eine radikale Wandlung herbeisehnten. Es waren eben jene Konsequenzen der Vereinigung zweier ungleich entwickelter Teile zu einem einheitlichen Staatsgebilde, die der SVP außerordentliche Vorteile bei ihrem Bemühen um eine breitere gesellschaftliche Unterstützung boten. Die Partei griff zu antikapitalistischen Parolen und betonte sie nachdrücklich. Ihre Propaganda hatte Erfolg bei den Armen auf dem Dorf und in der Stadt, die am schwersten unter den Auswirkungen der wirtschaftlichen Stagnation der Slowakei zu leiden hatten. Die Propaganda mit der Autonomie gewann auch unter der slowakischen Beamtenschaft und in einem Teil der Intelligenz, die im Staats- und öffentlichen Dienst zur Geltung zu kommen versuchte, aber nur besetzte Stellen vorfand, Boden.

Mit der Betonung antikapitalistischer Parolen hing auch ihre antijüdische Propaganda zusammen. Die SVP hatte deren Inhalt aus dem Programm der österreichischen und ungarischen Christlich-sozialen übernommen. Am häufigsten wurden zwei Argumente hervorgehoben.

Im Wirtschaftsleben der Slowakei spielten die Juden weiterhin eine verhältnismäßig wichtige Rolle. Sie hielten nicht unbedeutende Positionen in Industrie, Handel und Landwirtschaft, wengleich es nach der Errichtung der Ersten Tschechoslowakischen Republik zu Wandlungen in ihrer sozialen Zusammensetzung gekommen war⁶. In der Slowakei stellten die Juden einen Großteil der

⁴ Vgl. P a u ě o : Politicko-národný program HSL'S [Das politisch-nationale Programm der SVP]. Preßburg 1944.

⁵ Die Forderung nach Verwirklichung der politischen Autonomie als staatsrechtlicher Form der Lösung der Nationalitätenfrage kann als richtig betrachtet werden.

⁶ Diese Veränderungen erklärt treffend einer der bekanntesten slowakischen Politiker Dr. Clementis. Sich an die SVP wendend, schreibt er: „Die Kneipen und Wirtshäuser sind aus den Händen der »Kneipen«-Könige (Spitzname für jüdische Besitzer. L. L.) in die der Legionäre, Invaliden, Genossenschaften, Exponenten der Agrarpartei übergegangen . . . Dieselbe Tendenz hat die Entwicklung im Handel und Bankwesen an den Tag gelegt.“ Statistischen Angaben aus dem Jahre 1933 zufolge verteilte sich das Bank- und Finanzkapital in der Slowakei „nationalitätenmäßig“ folgendermaßen: „Die Gruppe der sog. slowakischen Banken repräsentierte mit ihrem Aktienkapital, den Reserven und Einlagen zusammen mit den Sparkassen und Kreditgenossenschaften 3054 Millionen, also 38 v. H. des Gesamtkapitals in der Slowakei. Die tschechischen Banken verfügten über 3451 Millionen, d. h. 44 v. H. des Gesamtkapitals in der Slowakei und die Gruppe der ungarisch-deutschen Banken (also auch jener Banken, in denen das jüdische Element vertreten war) nur die restlichen 18 v. H. Das bedeutet, daß die Juden in den Kleinhandel und in die Geschäftsvermittlerberufe abgedrängt waren und daß wir für die Finanzoperationen und die Wirtschaftspolitik, der ein Teil der Industrie in der Slowakei zum Opfer fiel, dem »arischen« Finanzkapital zu danken haben.“ C l e m e n t i s : Lex Sidor. DAV 1937, Nr. 4.

mittleren Schichten (Kleinhändler und Handwerker). Viele waren auch in freien Berufen als Rechtsanwälte, Ärzte usw. tätig. In der Kritik der Tätigkeit der Juden in den erwähnten Wirtschaftszweigen, wie sie die SVP geltend machte, erblickten die Volksschichten irrtümlich eine Kritik an der existierenden Gesellschaftsordnung als solcher, die in ihren Augen weitgehend das jüdische Kapital vorstellte. Nicht der Kapitalismus an sich, sondern das jüdische Kapital war in der Argumentation der SVP die Ursache allen Übels. Ihre Kritik galt nicht den Großgrundbesitzern und den Eigentümern der kirchlichen Latifundien, sondern deren jüdischen Pächtern.

Zugleich mit den antikapitalistischen Parolen wandte die SVP gegen die Juden ein weiteres Argument an. Die SVP warf ihnen vor, sich in großer Zahl auch weiterhin zur ungarischen Nationalität zu bekennen, die ungarische Presse und Literatur in der Slowakei zu unterstützen, sich im Privatleben der ungarischen Sprache zu bedienen und die traditionellen Bande mit Budapest aufrechtzuerhalten. Es entspricht der Wahrheit, daß die Juden in der Slowakei sich auch zur Zeit der ČSR zur ungarischen Nationalität bekannten. Daten zufolge, die schon auf den Ergebnissen der ersten offiziellen Volkszählung im Jahre 1921 fußen, bekannten sich zum israelitischen Glauben in der Slowakei insgesamt 135 918 Personen. Von dieser Anzahl gaben 21 584 der Gezählten — also 15,9 % — als ihre Nationalität die ungarische zu Protokoll⁷.

Nicht nur die besondere soziale, sondern auch die nationale Zusammensetzung des Judentums war in entscheidendem Maß von der historischen Entwicklung beeinflusst. Diese historische Bedingtheit im konkreten Fall der Slowakei hat m. E. am treffendsten ein bekannter slowakischer Politiker dargelegt, indem er schrieb: „Daß die Juden in der Slowakei vor dem Umsturz sich mit der Magyarisierungsströmung solidarisierten und nicht der slowakischen nationalen Bewegung angeschlossen, ist Tatsache, aber ich würde es ihnen nicht so rigoros zum Vorwurf machen. Die Juden taten in dieser Hinsicht nichts anderes, als daß sie sich der überwiegenden Mehrzahl der Slowaken bzw. der slowakischen Intelligenz angeschlossen. Diese war bekanntlich in ihrer überwältigenden Mehrheit dem nationalen Gedanken entfremdet und dem Renegatentum anheimgefallen. Wenn selbst

⁷ Statistická příručka republiky Československé [Statistisches Handbuch der Tschechoslowakischen Republik]. Prag 1925, S. 379. Anlässlich der Volkszählung vom 1. 12. 1930 bekannten sich von der Gesamtzahl der Juden in der Slowakei der Nationalität nach zur:

tschechischen und slowakischen	44 009	32,19 v. H.
ruthenischen	178	0,13 v. H.
deutschen	9 945	7,28 v. H.
magyarischen	9 728	7,12 v. H.
jüdischen	72 644	53,11 v. H.
anderen	233	0,17 v. H.
Insgesamt	136 737	

Československá statistika. Sv. 98. Řada VI. Sčítání lidu v republice Československé ze dne 1. prosince 1930. Díl I [Tschechoslowakische Statistik. Bd. 98. Reihe VI. Volkszählung in der Tschechoslowakischen Republik vom 1. Dezember 1930. Teil I]. Prag 1934, S. 105—106.

die Slowaken das Magyarisierungssystem für das richtige hielten und nur eine Handvoll Slowaken an der slowakischen Sprache festhielt, warum hätten dann die Juden mehr Slowaken sein sollen als die Slowaken selbst, warum hätten sie päpstlicher sein sollen als der Papst?⁸“

Das bedeutet, daß in der damaligen Zeit die gesellschaftlichen und kulturellen Voraussetzungen einer Eingliederung der Juden in das slowakische Volksganze nicht gegeben waren, weil die Voraussetzungen einer kulturellen oder nationalen slowakischen Assimilation fehlten. Auch aus anderen Gründen war es jedoch fehl am Platz, wenn die SVP den Juden den Vorwurf machte, sie seien magyarophil. Es sei nur daran erinnert, daß zu den Anhängern der SVP auch Protagonisten des ehemaligen ungarischen Regimes gehörten, die nach der Entstehung der ČSR von den neuen Verhältnissen persönlich betroffen worden waren. Das war vor allem die zahlenmäßig starke Schicht von Beamten, öffentlichen und Staatsangestellten slowakischer Herkunft, die auf Grund ihres Dienstes im ungarischen Apparat für unzuverlässig erklärt worden waren. Außerdem verschwieg die SVP die Tatsache, daß sich die magyarophile Gesinnung der Mehrzahl der in der Slowakei tätigen röm.-kath. Priester auch nach der Selbständigkeitserklärung der ČSR nicht geändert hatte⁹.

Die Toleranz, die die SVP gegenüber diesen Personen übte, verwandelte sich in ihrem Verhältnis zu den Juden zur völligen Negation jeder Möglichkeit ihrer Anpassung an die neuen Gegebenheiten. Den Prozeß der allmählichen Integration der Juden in die neuen Verhältnisse mußte die SVP schließlich zur Kenntnis nehmen, aber auf die ihr eigene Weise. Da sie sich nicht von ihrer antijüdischen Orientierung freimachen konnte, kommentierte sie diese Erscheinung mit dem Argument, daß „die Juden die Barriere der Magyarisierung überwunden haben, aber nicht um in slowakischen, sondern in tschechoslowakischen Wassern zu schwimmen“¹⁰.

So wie die SVP mit fortschreitender Zeit ihren Kampf um eine Vormachtstellung in der slowakischen Politik intensivierte, wurde sie auch aggressiver in ihren antijüdischen Ausfällen. Ihre Sympathien für verschiedene Bewegungen ultranationalistischer Observanz blieben gleichfalls nicht ohne Einfluß auf ihre Haltung. Auf einer Sitzung des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten des Abgeordnetenhauses, die am 9. März 1937 stattfand, brachte einer der führenden Politiker der SVP, der Abgeordnete Sidor, die Forderung einer Aussiedlung der

⁸ Dérer: Československá otázka [Die tschechoslowakische Frage]. Prag 1935, S. 35—36.

Unmittelbar nach der Gründung der ČSR gab es in der Slowakei ungefähr 1200 nationalfühlende Angehörige der Intelligenz. Rede des Abg. Votruba. Stenographische Berichte von der 72. Sitzung der Nationalversammlung der Tschechoslowakischen Republik, 16. 9. 1919.

⁹ Pater Hlinka sandte im November 1918 ein Rundschreiben an die katholische Geistlichkeit in der Slowakei, in dem er sie ermahnte, ihre ablehnende Haltung gegenüber dem neuen Staat aufzugeben und so zu retten, was sich an Interessen der Kirche retten lasse. Sidor: Slovenská politika na pôde pražského snemu (1918—1938) [Die slowakische Politik im Prager Parlament]. Bd. 1. Preßburg 1943, S. 318 f.

¹⁰ Židia na Slovensku v minulosti a teraz [Die Juden in der Slowakei in der Vergangenheit und jetzt]. Slovák, 10. 9. 1933, Nr. 204.

Juden aus der Slowakei vor¹¹. Diese Äußerung war ein untrüglicher Beweis dafür, auf welcher Plattform sich die SVP bereits befand. Es war dies ein Teil jener politischen Hypothek, die die SVP später nicht nur auf Kosten ihres eigenen Kredits als klerikale Partei, sondern auch auf Kosten des gesamten slowakischen Volkes und nicht zuletzt zu Lasten der katholischen Kirche in der Slowakei zurückzahlen mußte.

Die von der SVP gegen die Juden vorgebrachten Argumente waren weder neu noch eine slowakische Besonderheit. Für die weitere Entwicklung der Haltung der SVP in dieser Frage waren die Schlüsse, die sie daraus zog, weit bedeutsamer. Sie war nämlich bestrebt, die Juden als ein fremdes Element vorzustellen, das sich wegen seiner rassischen Besonderheiten diametral von seiner Umgebung unterscheidet. Darum könne und wolle es sich nicht in das Volk eingliedern, in dem es lebe¹². Das war eine sehr gefährliche These, deren Tragweite sich erst später so verhängnisvoll erweisen sollte.

Das von den vier Großmächten am 30. September 1938 in München geschlossene Abkommen hatte für die weitere Existenz der Tschechoslowakei als selbständiger Staat weitreichende Folgen. Abgesehen von den großen Schwierigkeiten, mit denen sich die verstümmelte Tschechoslowakei nach der Abtretung eines Teiles ihres Gebietes auseinandersetzen mußte, kam es auch zu schwerwiegenden staatsrechtlichen Veränderungen im Verhältnis zwischen dem tschechischen und dem slowakischen Volk.

Unter den Bedingungen eines allgemeinen politischen und Ideenverfalls, den die damalige Situation nach sich zog, trat der Exekutivausschuß der SVP am 6. Oktober 1938 in Sillein (Žilina) zu einer außerordentlichen Tagung zusammen. In dem dort angenommenen Beschluß heißt es, daß die SVP die Regierungsgewalt in einer Slowakei übernehme, die sich weiterhin in einer sehr stark gelockerten Verbindung mit den böhmischen Ländern befinde.

Die antijüdischen Tendenzen als langjähriges Propagandamittel gewannen so den Charakter einer offiziellen Politik der slowakischen Landesregierung¹³. Schon in dem bereits erwähnten Beschluß des Exekutivausschusses der SVP, der zum Gründungsdokument der Autonomie des Landes Slowakei geworden war, hatte man nicht vergessen, zu betonen, daß die SVP „an der Seite der gegen die marxistisch-jüdische Ideologie der Diversion und Gewalt kämpfenden Völker ausharren“ werde¹⁴.

¹¹ Nech sa stahujú židia do Palestíny a Birobidžanu! [Die Juden sollen nach Palästina und Birobidschan übersiedeln!]. Slovák, 12. 3. 1937, Nr. 58.

¹² Vortrag von Dr. D'určanský in Sillein (Žilina) am 8. 3. 1937. Slovák, 12. 3. 1937, Nr. 58.

¹³ Zur Lage der Juden zur Zeit des autonomen Landes Slowakei siehe: K a m e n e c : Židovská otázka a spôsoby jej riešenia v čase autonómie Slovenska [Die jüdische Frage und die Methoden ihrer Lösung während der autonomen Slowakei]. Nové obzory 10 (1968) 155—180. — B o d e n s i e c k : Das Dritte Reich und die Lage der Juden in der Tschecho-Slowakei nach München. VfZ 9 (1961) 249—261.

¹⁴ Manifest slovenského národa [Manifest des slowakischen Volkes]. Slovák, 7. 10. 1938, Nr. 228. Es handelte sich eigentlich nur um die Wiederholung eines Schlagwortes, das

Anfangs waren die antijüdischen Maßnahmen, die die slowakische Landesregierung verfügte, Bestandteil der antidemokratischen Eingriffe überhaupt. Es war der SVP vor allem darum zu tun, jede Äußerung einer Opposition zum Schweigen zu bringen. Als die am schwersten wiegende Maßnahme der Landesregierung hat in diesem Stadium die Auflösung der Jüdischen Partei zu gelten. Dadurch büßten die Juden der Slowakei die eigene politische Repräsentanz ein, die zu diesem Zeitpunkt die wichtige Rolle eines der Mittel zur Verteidigung gegen die beginnende Diskriminierung spielen konnte¹⁵.

Zur Zeit der Autonomie des Landes Slowakei wurden noch nicht so viele Schritte unternommen, die sich direkt oder indirekt gegen die Juden richteten. Die antijüdischen Tendenzen kamen ausgeprägter in der ganzen offiziellen Atmosphäre und in der praktischen Politik zum Ausdruck. Der direkte Impuls zur Entfesselung einer antijüdischen Kampagne stand mit den Gebietsverlusten der Slowakei zugunsten Ungarns in engem Zusammenhang. Der Landesregierung war viel daran gelegen, in diesem Fall einen wenigstens teilweisen Erfolg zu erzielen. Darum war sie bestrebt, sich für ihre Vorschläge und Vorstellungen das Dritte Reich geneigt zu machen. Obwohl die verantwortlichen slowakischen Regierungsvertreter in Gesprächen mit Funktionären des Reiches betonten, daß die Slowaken die „*volle Selbständigkeit* unter stärkster politischer, wirtschaftlicher und militärischer Anlehnung an Deutschland“ wünschten und daß „das Judenproblem ähnlich wie in Deutschland gelöst“ würde¹⁶, konnten sie keinen Erfolg verzeichnen. Die strittige Frage wurde von beiden Seiten einem Schiedsspruch Deutschlands und Italiens unterworfen.

Die Ergebnisse des Wiener Schiedsspruchs vom 2. November 1938 waren für die Slowakei in jeder Hinsicht geradezu katastrophal. Nichts war leichter, als diese schmerzliche Niederlage den Juden anzulasten. Ungarn gewann außer Preßburg und Neutra (Nitra) alle größeren Städte, auf die es Anspruch erhoben hatte. Der offiziellen slowakischen Version zufolge waren an der Abtretung vieler dieser Städte die Juden schuld, denn sie hatten sich zur ungarischen Nationalität bekannt. Das Argument, daß die dort ansässigen Juden die Abtretung dieser Städte verschuldet hätten, entsprach nicht den Tatsachen. Bei der Besetzung jenes Teils des slowakischen Gebiets spielten vor allem reale machtpolitische Gründe und Konstellationen und erst in zweiter Linie die nationale Frage eine Rolle. Es wäre sonst nicht geschehen, daß etwa ein Drittel der Gesamtbevölkerung des abgetretenen Gebiets sich zur slowakischen oder tschechischen Nationali-

vor allem seit dem Parteikongreß in Pistyan (Piešťany) im Jahre 1936 immer öfter zu hören war. Die SVP weist auf die jüdische Gefahr hin, die sich als jüdisch-bolschewistische Anarchie manifestiert. P a u ě o 13, 42.

¹⁵ Die slowakische Landesregierung beschloß die Auflösung mehrerer politischer Parteien, darunter auch der Jüdischen Partei und der Vereinigten sozialistisch-zionistischen Arbeiterpartei. Kundmachung des Landesinnenministeriums 25/1939. Die Einstellung der Tätigkeit dieser Parteien ordnete das Landesamt in Preßburg bereits am 25. 11. 1938 an.

¹⁶ Gespräche Dr. D'určanskýs mit Göring im Beisein von Mach, Karmasin und Dr. Seyss-Inquart am 12. 10. 1938. ADAP, IV, Dok. 68. — D'určanský: Mit Tiso bei Hitler. Die Entstehung der Slowakischen Republik 1939. Politische Studien 7 (1956) 9.

tät bekannte¹⁷. Ungarischerseits wurden die Juden wiederum entgegengesetzter Absichten verdächtigt¹⁸.

Nach der Bekanntgabe der Ergebnisse des Wiener Schiedsspruches schwoll die Welle antijüdischer Stimmung gefährlich an. In Preßburg kam es am 3. November 1938 zu ausgedehnten Demonstrationen. Es wurden Fenster jüdischer Wohnungen und Schaufenster jüdischer Läden zertrümmert und antijüdische Schlagworte gerufen¹⁹. Am 4. November 1938 erhielten die Bezirksämter in der Slowakei ein vom Vorsitzenden der Landesregierung Dr. Tiso unterzeichnetes Telephonogramm, in dem angeordnet wurde, arme und mittellose Juden mit ihren Angehörigen in Massentransporten in eine 20 km von den neuen Grenzen entfernte Randzone abzuschieben. Die Evakuierung erstreckte sich auch auf Juden ungarischer, deutscher, rumänischer und polnischer Staatsangehörigkeit. Ihr Besitz wurde behördlich sichergestellt. Kurz vor dem Ablauf der Evakuierungsfrist ging den Bezirksämtern eine neue Regelung zu. Die gewaltsame Aussiedlung sollte sich lediglich auf jüdische Einwohner mit der erwähnten fremden Staatsangehörigkeit und auf staatenlose Juden beziehen. Überdies sollten Juden ohne Heimatzuständigkeit aus der Gemeinde, in der sie sich aufhielten, in ihre Heimatgemeinden ausgewiesen werden. Die Aktion wurde in der Mehrzahl der Bezirke durchgeführt²⁰. Mehrere Bezirksämter unterließen die Durchführung aus verschiedenen Gründen²¹.

Auch in Ungarn wollte man die Ausgewiesenen nicht aufnehmen²². So blieb ihnen nichts anderes übrig, als sich unter freiem Himmel im Niemandsland niederzulassen. Die Verantwortlichen der Zentralen jüdischen Amtsstelle und der Zentralkanzlei der orthodoxen autonomen jüdischen Kultusgemeinden entschlossen sich, direkt an den Vorsitzenden der slowakischen Landesregierung zu appellieren,

¹⁷ Nach der Volkszählung von 1930 befanden sich auf dem abgetretenen Gebiet 854 217 Einwohner. Von dieser Zahl bekannten sich 272 145 zur slowakischen oder tschechischen Nationalität. Der Statistik der Religionszugehörigkeit zufolge lebten dort etwa 46 000 Juden. *Československá statistika*. Bd. 98, Reihe VI.

¹⁸ Im Telegramm des ungarischen Gesandten in Prag vom 1. 10. 1938 an die Zentrale in Budapest heißt es: „Die oberländischen Juden entfalten eine starke Propaganda für die Tschechoslowakei.“ HÜSAV — Filmarchiv 2/III (O. L. Küm. pol. 3268/1938 — 7/7 — III — fol. 10). Mit oberländischen Juden waren diejenigen Juden gemeint, die in den später an Ungarn abgetretenen Gebietsteilen der Slowakei siedelten.

¹⁹ *Slovák*, 4. 11. 1938, Nr. 251.

²⁰ *K a m e n e c* 162.

²¹ Der Bezirkshauptmann in Neustadt a. d. Waag (Nové Mesto n/Váhom) meldet, er habe die Aktion wegen unüberwindlicher Schwierigkeiten nicht durchgeführt. Er wies auf die katastrophalen Folgen eines solchen Vorgehens für das Wirtschaftsleben hin. Sein Kollege aus Schemnitz (Banská Štiavnica) begründete seinen Ungehorsam damit, „daß diese Lösung allgemein, auch in christlichen Kreisen, als eine inhumane angesehen wurde, eine um so grausamere, als es gerade vom 4. auf den 5. November kalt war und in Strömen regnete und einzelne Mitglieder der Hlinka-Garde sich trotz ausdrücklichen Verbots der Bezirksbehörde gegen die Juden brutaler und unchristlicher Übergriffe schuldig machten“. *ŠSÚA* — KÜ 517, P. IV. K. 232.

²² Im Gegenteil, Ungarn wies Juden und Personen ungarischer Nationalität, deren Heimatzuständigkeit in Gemeinden, die sich auf dem besetzten Gebiet befanden, aus dem Lande. *ŠSÚA* — PSV 107/39. K. 35.

um die Bewilligung einer Rückkehr dieser gewaltsamen Ausgesiedelten in die Slowakei zu erwirken. Nach vielen Interventionen — nicht zuletzt auch seitens der Zentralregierung in Prag und mehrerer bedeutender slowakischer Wirtschaftsvertreter — wurde eine Kompromißlösung erzielt. Die jüdischen Organisationen verpflichteten sich, für die Unterbringung, Verpflegung und ärztliche Betreuung dieser Menschen nach ihrer Rückkehr in die Slowakei zu sorgen und ihnen später die Auswanderung zu ermöglichen. Die Ausgesiedelten wurden nach ihrer Rückkehr in die Slowakei vorübergehend in einem stillgelegten Fabrikbetrieb an der Peripherie Preßburgs untergebracht²³.

Die teilweise Wiedergutmachung dieses Falles bedeutete keineswegs das Ende der antijüdischen Exzesse. Die Hlinka-Garde (weiter HG) und die sog. Nationalausschüsse²⁴ griffen in diesem Zeitabschnitt willkürlich ins öffentliche Leben ein. Insbesondere gegenüber der jüdischen Bevölkerung traten sie nicht nur gewalttätig, sondern auch erpresserisch auf. Wohlhabende Juden wurden entweder direkt erpreßt oder in Gewahrsam genommen²⁵.

Zu wiederholten antijüdischen Ausschreitungen kam es in Tyrnau (Trnava). Die erste Welle brandete im Dezember 1938 heran, als auch die Synagoge geschändet wurde. Die örtlichen Behörden griffen überhaupt nicht ein²⁶.

Außer diesen Exzessen begannen sich die antijüdischen Tendenzen auch in anderer Form zu äußern, vor allem in jenen Kreisen der slowakischen Gesellschaft, die sich der unwillkommenen Konkurrenz der Juden entledigen wollten. Die Leitung der schon erwähnten „Nationalausschüsse“ beeilte sich mit dem Vorschlag, Treuhänder in jene Betriebe zu entsenden, die angeblich unzuverlässigen Unternehmern gehörten oder von ebenso unzuverlässigen Angestellten geleitet wurden. So allgemein formulierte Forderungen bedeuteten, in die damalige Praxis projiziert, Maßnahmen allein gegen tschechische und jüdische Unternehmen.

Die böhmischen Länder hatten nach dem Münchner Diktat viele Wälder eingebüßt. Demgegenüber war der Waldreichtum der Slowakei auch im Rahmen der neuen Grenzen im großen und ganzen erhalten geblieben. Er stellte somit einen wichtigen Rohstoff für die Verarbeitung und Ausfuhr dar. In diesem Wirtschaftszweig spielten jüdische Unternehmen eine wichtige Rolle. Darum fanden sich Vertreter der nichtjüdischen Unternehmer und Händler am 30. Oktober 1938 in Sillein (Žilina) ein, um den Verband slowakischer Holzindustrieller, Holzhänd-

²³ Vgl. Neumann: Im Schatten des Todes. Ein Tatsachenbericht vom Schicksalskampf des slowakischen Judentums. Tel Aviv 1956, S. 18 ff. — Kamenec 164.

²⁴ Die Hlinka-Garde war eine paramilitärische Organisation. Dem Bericht zufolge wurde schon im Juli 1938 in Tyrnau (Trnava) die erste HG-Organisation in der Slowakei gegründet. Slovák, 3. 8. 1938, Nr. 174. Nach der Verkündigung der slowakischen Autonomie wurde Sidor zu ihrem Oberkommandanten ernannt. Wegen seines starken politischen Engagements auch außerhalb der Slowakei hatte die Leitung dieser Organisation deren Stabschef Murgaš inne. Die Nationalausschüsse entstanden auf Grund der Verordnung der Landesregierung vom 14. 10. 1938 ABl. Sie sollten als Hilfsorgane der staatlichen und öffentlichen Behörden fungieren.

²⁵ Bericht des Abg. Nečas über die Situation in der Slowakei vom 11. 11. 1938 an den Vorsitzenden des Ministerrats in Prag. SÚA — PMR S 8694/418/3, S — 38. K. 208.

²⁶ SSÚA — PSV 645/39. K. 35.

ler und Waldeigentümer zu gründen. Mitglied konnte nur ein christlicher Slowake werden. Nicht lange danach gründeten Vertreter derselben Wirtschaftskreise am 20. November 1938 eine Handelsgesellschaft „Slowakische Holz AG“ als Konkurrenzunternehmen der Firma „Dredoma“, die sich in überwiegend jüdischen Händen befinden sollte²⁷.

Andere slowakische Wirtschaftskreise verlangten eine Beteiligung an den von jüdischem Kapital beherrschten Unternehmen, die mit der Landwirtschaft zusammenhängen. In diesen Unternehmensbereich war slowakisches Kapital schon zur Zeit der vormüchener ČSR verhältnismäßig erfolgreich eingedrungen. Zudem erforderte dies wegen der geringen Konzentration nicht viel freies Kapital. Das entsprach gerade den Möglichkeiten jener Kreise, die sich der Zuckerraffinerien, Stärkefabriken, Leinsammelstellen, Malzfabriken, Kunstfettfabriken usw. bemächtigen wollten²⁸.

Die Stimmen, die die Beseitigung der Juden forderten, beschränkten sich nicht allein auf den Wirtschaftsbereich, sondern fanden ihren Widerhall auch im öffentlichen Leben. Auf der gründenden Generalversammlung des „Ärzteverbandes des Landes Slowakei“, die am 4. Dezember 1938 stattfand, entwickelte sich nach einem Referat über aktuelle Standesfragen eine Diskussion auch über das Verhalten der Organisation gegenüber jüdischen Ärzten. Es ließen sich auch schon solche Stimmen vernehmen, die die Einführung des Arierparagraphen verlangten²⁹. In dieser Richtung entfaltete die Hochschuljugend ihre Aktivität. Eine Resolution, die am 29. November 1938 von der Generalversammlung des Vereins slowakischer Medizinstudenten angenommen wurde, forderte die „augenblickliche Einführung des Numerus nullus für Angehörige der jüdischen Nationalität und der jüdischen Religion für mindestens 25 Jahre. Nach dem prozentuellen Ausgleich im Ärzteberuf soll der numerus clausus zur Anwendung kommen“³⁰.

Die Repräsentanten der neuen slowakischen Regierungskreise bauten allmählich, aber zielstrebig, die einzelnen Attribute der Staatsmacht auf, auch wenn sie vorläufig davon ausgingen, daß die Slowakei Bestandteil der ČSR bleiben würde. Zu diesen Attributen gehörte auch die Schaffung eines slowakischen Landtags. Die Wahlen in diesen wurden auf den 18. Dezember 1938 anberaumt. Zugelassen war nur eine einzige Kandidatenliste, auf der auch Vertreter der deutschen, ungarischen und ukrainischen Minderheit an wählbarer Stelle figurierten. Ein Vertreter der jüdischen Gemeinschaft fehlte auf dieser Kandidatenliste, obwohl es sich um 4% der gesamten Einwohnerzahl der Slowakei handelte. In einem Gespräch mit dem Vorsitzenden der Landesregierung Dr. Tiso stellte der

²⁷ ŠSÚA — PSV 1767/38. K. 2.

²⁸ Lip ták: Ovládnute slovenského priemyslu nemeckým kapitálom [Die Beherrschung der slowakischen Industrie durch das deutsche Kapital]. Preßburg 1960, S. 27.

²⁹ Slovenský lekár [Der slowakische Arzt], 1. 3. 1939, Nr. 1.

³⁰ Národné noviny [Nationalzeitung], 22. 1. 1939, Nr. 22. — Seitens der akademischen Jugend der SVP waren auch radikalere Forderungen zu hören, z. B. „Wir wollen den Arier-Paragraphen“ oder „Den Juden bricht das Herz — hier ist Tuka Rektor“ [Židom srdce puká — tu je rektor Tuka]. Slovák, 26. 11. 1938, Nr. 270.

Korrespondent der Jüdischen Telegraphenagentur Fränkel u. a. die Frage, warum die Juden im Landtag keine Vertretung hätten. Dr. Tiso erklärte, daß die Repräsentanten der slowakischen Juden eine eigene Vertretung nicht verlangt hätten³¹. Mit Hinblick auf die bekannte Orientierung der SVP sowie auf die Forcierung antijüdischer Stimmung fällt die Voraussetzung dahin, daß ein Vertreter der Juden auf der gemeinsamen Einheitsliste, die von der SVP präsentiert wurde, in Erscheinung treten könnte.

Die Absichten der SVP, wie sie während der Vorbereitung, dem Verlauf und in der Art und Weise der Wahlen zum Ausdruck kamen, zielten keineswegs nur auf die Juden, sondern sie richteten sich auch gegen andere Gruppen. Im Verhältnis zu den Juden muß man sich jedoch noch einen weiteren Aspekt vergegenwärtigen. Im Landtag waren außer den Juden auch die sozialdemokratische und die kommunistische Partei nicht vertreten. Diese beiden wurden aus weltanschaulichen Gründen zu den Feinden der neuen Ordnung gezählt. Daß die Juden ohne Rücksicht auf ihre politische Einstellung den Feinden des Volkes und Staates zugeordnet wurden, zog alsbald die ersten konkreten politischen und gesellschaftlichen Folgen nach sich.

Obwohl die offizielle slowakische Politik weitgehend selbständig operierte, war die Slowakei doch noch durch staatsrechtliche Bande mit den böhmischen Ländern verbunden. Diese Tatsache macht es notwendig, die Vorstellungen und die politische Praxis der Zentralregierung³² mit Hinblick auf mögliche antijüdische Maßnahmen in groben Umrissen aufzuzeigen. So läßt sich das Verhalten beider Regierungen konfrontieren und zugleich feststellen, ob und in welchem Umfang die Zentralregierung auf die Haltung der slowakischen Landesregierung in dieser Frage Einfluß nahm.

Die nach dem Münchner Diktat entstandene neue Situation gab den Impuls zu einer Umwertung der alten Werte. Im Rahmen dieses Prozesses kamen auch rechtsradikale und chauvinistische tschechische Kreise zu Wort, die alles verdammt, was die in der ČSR etablierte demokratische Ordnung aufgebaut hatte. Dabei fehlten auch antijüdische Ausfälle nicht. Gegenüber solchen Äußerungen nahm die Zentralregierung vorläufig eine reservierte Haltung ein. Die Politik der Zentralregierung in der Frage antijüdischer Maßnahmen ging von der Negation der von auswärts aufgezwungenen allgemeinen rassistischen und religiösen Diskriminierung der Juden aus. Diese Haltung stützte sich nicht nur auf grundlegende, sondern auch auf taktische Überlegungen, die einer möglichen, vor allem wirtschaftlichen Hilfe seitens der Westmächte nicht den Weg zu verbauen bestrebt waren. Zudem fürchtete die Zentralregierung noch weitere mögliche Folgen, vor allem einen Boykott tschechoslowakischer Waren sowie eine Kapitalflucht aus den einheimischen Banken³³.

³¹ Slovák, 10. 2. 1939, Nr. 34.

³² Nach Verabschiedung des Verfassungsgesetzes über das autonome Land Slowakei 299 vom 22. 11. 1938 Slg. wurde die Zentralregierung ernannt. Stellvertretender Regierungsvorsitzender war K. Sidor als Vertreter der Slowakei. Die slowakischen Landesminister waren vollberechtigte Mitglieder der Zentralregierung.

³³ Alarmierende Berichte kamen von den ausländischen Zweigstellen des Tschechoslowakischen Exportinstituts. ŠSÚA — ÚPV 648/39. K. 35.

Die Zentralregierung war einem systematischen Druck ausgesetzt — das Dritte Reich forderte nachdrücklich die Lösung der Judenfrage³⁴. Die Regierung nahm diesbezüglich eine differenzierte Haltung ein. Die Situation derjenigen, die als Emigranten aus Deutschland, Österreich und dem ehemals tschechoslowakischen, nach dem Münchner Abkommen dem Reich überantworteten Gebiet in die ČSR gekommen waren, sollte im Rahmen einer Allgemeinregelung der Flüchtlingsfrage bereinigt werden. Die Zentralregierung mußte unbedingt irgend etwas unternehmen, um nicht als Schutzmacht aller Feinde des Reiches zu erscheinen³⁵.

Bezüglich der künftigen Stellung der zweiten Kategorie von Juden sollte, wie der neue Vorsitzende der Zentralregierung R. Beran am 13. Dezember 1938 erklärte, auf diejenigen Rücksicht genommen werden, die schon lange hier ansässig seien und sich zu Staat und Volk positiv verhielten³⁶. Die Zentralregierung entschied sich hinsichtlich der Gesamtregelung der künftigen Stellung der Juden für eine abwartende Taktik. Auf ihrer Sitzung vom 6. Dezember 1938 warf der stellvertretende Regierungsvorsitzende K. Sidor u. a. die Frage einer erforderlichen Lösung der Judenfrage auf³⁷. Als Antwort auf diese Initiative gab der Vorsitzende der Zentralregierung auf der folgenden Sitzung am 10. Januar 1939 die Bildung zweier Sonderkommissionen bekannt, deren erste in Zusammenarbeit mit den slowakischen Landesbehörden die Modalitäten einer Ausfuhr des Besitzes jüdischer Auswanderer absprechen sollte³⁸. Die zweite Subkommission sollte im

Die Möglichkeit bevorstehender antijüdischer Maßnahmen rief in Großbritannien Enttäuschung hervor. Auf Wunsch der offiziellen tschechoslowakischen Delegation, die in London Verhandlungen über Kreditgewährung führte, beschloß das Ministerium für soziale Fürsorge und Gesundheitswesen, einen hohen Regierungsbeamten zu entsenden, um die Vermutungen zu entschärfen. Seine Erläuterung sollte lauten, daß es sich nur um Kombinationen der englischen Presse handle. Zugleich war er ermächtigt, zu verstehen zu geben, daß sich die Zentralregierung über die zukünftige Lage der Juden in der ČSR Gedanken mache. SÚA — PMR II — 4396.

Ein warnendes Beispiel war der Kapitalschwund aus den Preßburger Banken als Folge der antijüdischen Exzesse in der Slowakei. DBFP, IV, S. 97.

³⁴ Gespräche des tschechoslowakischen Außenministers mit Ribbentrop vom 13. 10. 1938 und des tschechoslowakischen Gesandten in Berlin mit Göring (vermutlich den 16. oder 17. 10. 1938). ADAP, IV. Dokumente 55 und 67.

³⁵ Die Zentralregierung beriet am 19. 10. 1938 über das Problem der Flüchtlinge aus den vom Dritten Reich besetzten tschechoslowakischen Gebieten. In dieser Frage wurde das Innenministerium beauftragt, nach den geltenden Gesetzen vorzugehen. Nur in begründeten Fällen war dem abzuschiebenden Flüchtling eine Ausnahme zu gewähren. Das zukünftige Schicksal der Flüchtlinge aus Deutschland und Österreich regelten zwei Regierungsverordnungen. Die erste betraf die Überprüfung der Staatsangehörigkeit, während die zweite ergänzende Bestimmungen hinsichtlich des weiteren Aufenthaltes der Flüchtlinge enthielt. Slovák, 3. 2. 1939, Nr. 28.

³⁶ Stenographische Berichte von der 156. Sitzung des Abgeordnetenhauses der Nationalversammlung, 13. 12. 1938.

Der Staatspräsident griff diese Frage auf, indem er es als notwendig erachtete, „einen Weg zu finden, der die Aufgabe der Juden im Leben jener Völker, die Träger des Staatsgedankens sind, begrenzen könnte“. PR 8 (1938—39) 337—338. — KA (1938) 3832 K.

³⁷ Slovák, 8. 12. 1938, Nr. 280.

³⁸ Von der von Großbritannien gewährten Anleihe wurde eine halbe Million Pfundsterling für die Auswanderung der Juden bestimmt. SÚA — PMR II — 4396.

Einvernehmen mit K. Sidor den Entwurf einer Lösung der Judenfrage überhaupt vorbereiten³⁹. In der gegebenen Situation mußten die langsamen Fortschritte bei der Lösung dieser Frage gegenüber den Repräsentanten des Reiches begründet werden. Man formulierte das folgendermaßen: In der ČSR sind die Verhältnisse anders als in Deutschland, weshalb ein radikales Einschreiten gegen die Juden nicht zu empfehlen ist. Es hängt z. B. vom Vorgehen gegen die Juden ab, ob Großbritannien der ČSR den so notwendigen Kredit gewährt. Die amerikanischen Slowaken werden sich bei Tiso dafür verwenden, keine schärferen Maßnahmen gegen die Juden zu ergreifen, weil er damit auch ihre Wirtschaftspositionen und ihren politischen Einfluß gefährden könnte. Die kleine Tschechoslowakei könne die erwähnten Umstände nicht außer acht lassen, während das große Deutschland es könne, erklärte der tschechoslowakische Außenminister Dr. Chvalkovský⁴⁰. Die Führer des Dritten Reichs gaben sich jedoch mit dieser Erklärung nicht zufrieden. Dr. Chvalkovský mußte sich bei seiner Audienz am 21. Januar 1939 heftige Vorwürfe Hitlers anhören, der erklärte: „Die Juden werden bei uns vernichtet . . . Aber in der Tschechoslowakei vergiften die Juden heute noch das Volk“⁴¹. Die Zentralregierung ließ sich durch den Ausfall Hitlers nicht von ihrer wohlervogenen Politik abbringen. In ihrem Beschluß vom 27. Januar 1939 erklärte sie mit Nachdruck, daß sie, was ihre weitere Haltung gegenüber der jüdischen Bevölkerung betreffe, abzuwarten gedenke, wie diese Frage in anderen mitteleuropäischen Ländern, vor allem in Ungarn, gelöst würde, und daß sie sich der Initiative Rumäniens für eine internationale Lösung anschließe⁴².

In Anbetracht des Verhaltens der Zentralregierung gegenüber den Juden kann eindeutig festgestellt werden, daß die slowakische Landesregierung in dieser Hinsicht keineswegs ermuntert wurde, eine radikale Lösung der Frage in Angriff zu nehmen. Wenn die slowakischen offiziellen Stellen dennoch eine größere Initiative entfalteten, entsprach dies nur der traditionellen, ausgeprägt antijüdischen Orientierung der SVP. In der damaligen Situation trat bereits eine weitere Komponente zutage, die ihre Ausgangsbasis in konkreten machtpolitischen Kämpfen hatte, welche unvermindert auch nach der Autonomieerklärung der Slowakei und ihrer Legalisierung fort dauerten. Das Streben der slowakischen Regierungskreise nach immer mehr Selbständigkeit und Aktionsfreiheit sowie die Bemühungen der Zentralregierung, mit Hilfe ihrer Wirtschaftshebel diesen Prozeß zu bremsen, riefen eine Atmosphäre ständiger Spannung hervor. Die führenden Persönlichkeiten der slowakischen offiziellen Politik suchten Kontakte mit dem Dritten Reich, um auf diese Weise Hilfe und Unterstützung im Konkurrenzkampf mit der Zentralregierung zu erhalten. Die antijüdischen Ausschreitungen, die sich in der Slowakei als Teil der immer schnelleren antidemokratischen Entwicklung zu

³⁹ E b e n d a.

⁴⁰ Aufzeichnung des deutschen Geschäftsträgers in Prag Hencke vom 13. 12. 1938 (Abschrift zu Pol. IV 9275, 435123—4) in D'urica: La Slovacchia e le sue relazioni politiche con la Germania 1938—1945. Bd. 1. Padua 1964, S. 145—146.

⁴¹ ADAP, IV, S. 167, 171, 177: Leithäuser: Diplomatie auf schiefer Bahn. Der Fall Tschechoslowakei. Der Monat (1952) Heft 50, S. 199.

⁴² SÚA — PMR II — 4396.

manifestieren begannen, riefen begreiflicherweise die Aufmerksamkeit des Dritten Reiches hervor, das sich entschloß, die Tschechoslowakei als selbständigen Staat zu liquidieren.

Die antijüdische Stimmung sowie die sie begleitenden Ausschreitungen waren zwar symptomatisch, aber sie gaben keine konkrete Antwort auf die Frage, wie sich die slowakischen offiziellen Kreise Form und Art einer künftigen Regelung der Position der Juden in der Slowakei vorstellten. Alle gingen von der Notwendigkeit einer unmittelbar in Angriff zu nehmenden Lösung der Judenfrage, wie die antijüdischen Eingriffe und Maßnahmen in der offiziellen Terminologie genannt wurden, aus. Diese Überzeugung gewann alsbald eine solche Intensität, daß auch ein großer Teil der liberaleren slowakischen Politiker dieser Psychose unterlag. Auf Grund verschiedener Erklärungen der einflußreichsten slowakischen Politiker kann man folgende Hauptgrundsätze, nach denen diese sich bei der Lösung der Judenfrage zu richten gedachten, nennen:

Das erste Grundprinzip formulierte Dr. Tiso in einer Regierungserklärung vor dem Landtag am 21. Februar 1939. Es lautete: „Bei der Lösung dieser Frage kann nicht nach dem Vorbild irgendeiner anderen Nation vorgegangen werden; das gebietet die Rücksicht auf unsere internationale Lage und auf mögliche Folgen einer Lösung dieses Problems im Leben des Volkes“⁴³.

Damit hing das zweite Grundprinzip zusammen, das vor allem von Wirtschaftskreisen formuliert und vom damaligen Landesminister P. Teplanský in ihrem Sinne erläutert wurde. Das Schlagwort „Die Slowakei den Slowaken“ sollte nicht nur in Personalfragen, sondern auch im Wirtschaftsleben in die Tat umgesetzt werden. Das sollte allmählich geschehen, „und zwar auf eine vernünftige, evolutionäre Weise, damit wir die Unternehmen in der Slowakei in verlässliche Hände leiten können und nicht durch unüberlegte Augenblicksaktionen das Interesse auch des fremden Kapitals zunichte machen“⁴⁴.

Den Sinn des dritten Grundprinzips erblickte Dr. Tiso, wie er mehrfach wiederholte, in der Notwendigkeit, „... ihre (die jüdische, L. L.) Teilnahme am Wirtschafts- und Kulturleben der Slowakei mit ihrem Prozentanteil an der Bevölkerungszahl in Einklang zu bringen“⁴⁵.

Ein weiteres Leitmotiv sollte die Einhaltung strenger Legalität sein, wie es mit Nachdruck K. Sidor formulierte: „... dem ersten slowakischen Parlament fällt die Aufgabe zu, Gesetze ins Leben zu rufen, die in der Slowakei die Lösung der Judenfrage ermöglichen“⁴⁶.

⁴³ Stenographische Berichte von der 2. Sitzung des Slowakischen Landtags, 21.—23. 2. 1939. — Slováč, 22. 2. 1939, Nr. 44.

⁴⁴ Slováč, 10. 11. 1938, Nr. 256.

⁴⁵ Pressekonferenz Tisos mit ausländischen Journalisten. Slováč, 27. 1. 1939, Nr. 22. — Gespräch Tisos mit dem Berichterstatter der Jüdischen Telegraphenagentur. Slováč, 10. 2. 1939, Nr. 34. Dieser These wurde im Leitartikel „Zametáť“ [Auskehren] beigegeben. Slováč, 29. 10. 1938. Der Verfasser des Leitartikels, der mit der Initialen „S“ zeichnete, war der Redakteur Straka, ein Vertrauensmann Sidors, des damaligen Chefredakteurs des Hauptpresseorgans der SVP.

⁴⁶ Wahlrede in Bösing (Pezinok) 28. 11. 1938. Slováč, 30. 11. 1938. — Gespräch mit dem Berichterstatter des „Exchange Telegraph“. Slováč, 28. 1. 1939, Nr. 23.

Die Regierungsstellen waren bestrebt, durch die Publikation im großen und ganzen gemäßigt formulierter Grundprinzipien die Auswirkungen eines überhitzten Radikalismus, wie ihn gewisse slowakische politische Kreise ebenso wie der dem Nationalsozialismus verfallene Teil der heimischen deutschen Minderheit gegenüber den Juden durchzusetzen versuchten, zu paralysieren.

In diesem Zusammenhang sei eine Rede des damaligen Leiters des Propagandaamtes Mach, eines notorischen Verfechters der baldigen Lostrennung der Slowakei und militanten Antisemiten, in Erinnerung gerufen. Mach hielt diese Rede auf einer Manifestationsversammlung in Rišnovce (Bez. Tyrnau) am 5. Februar 1939 und präsentierte in der jüdischen Frage ein einfaches Rezept: „Mit den Juden, die Gold, Juwelen, Reichtümer besitzen, hat man überall aufgeräumt und auch wir werden es tun. Die Stärke der Slowakei ist die Arbeit, und wer hier nicht arbeitet, wird hier auch nicht essen. Wer sich hier Reichtum zusammengestohlen hat, dem wird er abgenommen! Das ist die praktische Lösung der ganzen Judenfrage⁴⁷.“

Erklärungen dieser Art mußten notgedrungen die ohnehin schon bedenkliche Wirtschaftslage der Slowakei weiter belasten, eine Lage, die nicht nur durch die Gebietsabtretungen zugunsten Ungarns, sondern auch durch die neue staatsrechtliche Stellung der Slowakei im Rahmen der ČSR erschwert war und ernstliche Komplikationen mit sich brachte.

Obwohl die Landesregierung sich gezwungen sah, vorläufig eine umsichtigeren Politik in der Frage antijüdischer Maßnahmen zu verfolgen, mußte sie dennoch deren Dringlichkeit ständig betonen. Das geschah nicht nur aus innenpolitischen Gründen, sondern gleichermaßen mit Rücksicht auf die neue internationale Lage — vor allem, um für sich weiterhin die Gunst des Dritten Reiches zu sichern.

Dem entsprach der Beschluß der Landesregierung vom 23. Januar 1939 über die Errichtung einer Kommission für die Lösung der Judenfrage; die Kommission wurde auch das Judenkomitee genannt. Zu seinen Mitgliedern wurde ernannt: K. Sidor, Dr. M. Pružinský, Dr. F. D'určanský, P. Teplanský und Dr. J. Viršík⁴⁸. Vorsitzender wurde K. Sidor. Von den Erwähnten waren die ersten vier Minister, der Letztgenannte übte keine staatliche oder öffentliche Funktion aus.

Gewöhnlich kann man schon aus der personellen Zusammensetzung einer Kommission auf deren Einstellung zur Lösung der ihr übertragenen Aufgabe sowie auf die Art, Richtung und die möglichen Resultate ihrer Arbeit schließen. Nach ihrer Parteizugehörigkeit waren K. Sidor, Dr. Pružinský und Dr. D'určanský den führenden Persönlichkeiten der SVP zuzuordnen. P. Teplanský gehörte zu den bekannten Politikern der ehemaligen Agrarpartei. Dr. Viršík war in der da-

⁴⁷ Slovák, 7. 2. 1939, Nr. 31. — Der Führer der nationalsozialistischen Deutschen Partei erklärte in der Debatte zur Regierungserklärung im Landtag: „Wir wollen nicht Verträge, sondern klare Verhältnisse zwischen dem slowakischen Volk und der deutschen Volksgruppe schaffen. Die Voraussetzung hierfür ist . . . vor allem . . . die Ausschaltung der Juden.“ Novák: Im Zeichen zweier Kreuze. Franz Karmasins und Ferdinand D'určanskýs Glanz und Fall. Prag 1962, S. 50.

⁴⁸ ŠSÚA — PSV 747/39. K. 35.

maligen slowakischen Politik ein unbeschriebenes Blatt⁴⁹. Dr. Pružinský und Teplanský waren bekannt durch ihre liberalere Haltung, während Dr. D'určanský zu den Bewunderern der totalitären Regimes gehörte. Zu beleuchten bleibt die Person K. Sidors, der als Vorsitzender der Kommission das entscheidende Wort sprechen sollte. Zu diesem Zeitpunkt war es nicht leicht, zu bestimmen, welcher der in der SVP existierenden Hauptströmungen er angehörte. Man wußte, daß er zu den intimsten Mitarbeitern des verstorbenen SVP-Führers Andrej Hlinka gehört hatte. Man hielt ihn sogar für dessen designierten Nachfolger. Er war Chefredakteur des „Slovák“, des Zentralorgans der Partei, ein überzeugter Verfechter des Katholizismus ausgeprägt nationalistischer Ausrichtung. Sidor setzte sich für eine enge Zusammenarbeit der slowakischen Politik mit Polen ein. Dem Dritten Reich und dem Nationalsozialismus stand er reserviert, wenn auch nicht feindselig gegenüber⁵⁰.

Seine ausgeprägt nationalistische Orientierung verlockte ihn oft zu scharfen antijüdischen Ausfällen⁵¹.

Vorausgeschickt sei zunächst, daß die Kommission nur kurze Zeit existierte, praktisch bis zur Selbständigkeitserklärung des slowakischen Staates. Zudem — und das muß unterstrichen werden — begann sie ihre Arbeit zu einer Zeit, da die Spannung zwischen der tschechischen offiziellen politischen Repräsentanz und den führenden slowakischen Politikern ständig zunahm. K. Sidor erwies sich als Realist. Darum schloß er sich jenen Kräften der SVP an, die mit Rücksicht auf die erwähnten Verhältnisse zu einem umsichtigen Vorgehen beim Ergreifen anti-jüdischer Maßnahmen rieten. Diese Kräfte bildeten damals die Mehrheit unter den entscheidenden Faktoren der slowakischen offiziellen Politik. Ein vorsichtiges Zuwegehen forderte in dieser Frage auch seine nationalistische Orientierung. Er fürchtete nämlich, daß radikalere Maßnahmen gegen die Juden die schon ohnehin kritische Wirtschaftslage in der Slowakei verschlimmern würden⁵². Die Haltung Sidors, der auch weiterhin entschiedener Verfechter einer wesentlichen Einschränkung des jüdischen Einflusses im wirtschaftlichen und öffentlichen Leben der Slowakei blieb, beeinflusste ein weiterer Umstand. Er lehnte den Nationalsozialismus ab und war nicht bereit, die brutalen Methoden gutzuheißen, die dieser gegen die Juden zur Anwendung brachte. Ebenso lehnte er das nationalsozialistische Gedankengut als seiner christlichen Weltanschauung entgegengesetzt ab.

Nach der Absicht ihrer Initiatoren sollte die Arbeit der Kommission vertraulichen Charakter haben. Darum ist über ihre Tätigkeit nur eine einzige offizielle Nachricht erhalten. Sie lautet: Am 5. März 1939 hat Sidor das Judenkomitee

⁴⁹ Über die Person Dr. Virsíks war nur soviel bekannt, daß er eine gemeinsame Rechtsanwaltskanzlei mit Dr. D'určanský hatte. Höchstwahrscheinlich wurde er aus diesem Grunde in die Kommission berufen.

⁵⁰ In den verhängnisvollen Märztagen 1939 lehnte er die angebotene Zusammenarbeit mit dem Dritten Reich ab. Nach der Gründung des slowakischen Staates mußte er sich aus der Innenpolitik zurückziehen und trat den Posten des slowakischen Gesandten beim Vatikan an.

⁵¹ Vgl. S. 389 f.

⁵² Laut Mitteilung des ehemaligen Abg. P. Čarnogurský vom 11. 2. 1970.

zu einer Sitzung ins Hotel Carlton in Preßburg einberufen, an der außer seinen Mitgliedern der Senator Dr. K. Mederly, A. Mach und M. Černák teilnahmen. Senator Dr. Mederly verlas den ausgearbeiteten Entwurf des Judengesetzes. Die Kommission beschloß, den Entwurf gutzuheißen und ihn dem Ministerrat vorzulegen⁵³.

Bezüglich der Person des Urhebers und des Inhalts seines Entwurfes seien einige Bemerkungen beigefügt. Dr. Mederly gehörte zu den führenden Persönlichkeiten der SVP und war Mitglied ihrer höchsten Gremien, Jurist von Erudition und Kenner des Verfassungs- und Staatsrechts. Seine politische Orientierung als Anhänger des politischen Katholizismus ordnete ihn in der Partei dem Lager der Gemäßigten zu⁵⁴. Der Inhalt des Entwurfs muß als Niederschlag der Vorstellungen der Führungsmehrheit der SVP und der slowakischen Regierungskreise sowie als mögliche Grundlage der künftigen offiziellen Politik einer Lösung der Judenfrage betrachtet werden. Die Bedeutung dieses Entwurfs wird noch durch die Tatsache unterstrichen, daß er der einzige nicht von der nationalsozialistischen Ideologie Beeinflusste war.

Die wichtigste Bestimmung des Entwurfs lag im Wortlaut des § 25, der darlegte, wer für einen Juden gehalten werden sollte. Es sollten dies jene Personen sein, die a) am 6. Oktober 1938 der israelitischen Religion angehörten, b) konfessionslos waren, sich jedoch zu „dem Judentum nahestehenden und von ihm geführten Ideologien (Kommunismus, Freimaurerei u. a.) bekannten“.

Nach dem 6. Oktober 1938 getaufte Juden konnten erst nach Ablauf dreier Jahre und nach Überprüfung des Falles durch eine zu diesem Zweck von der Regierung zu ernennende Kommission als Nichtjuden angesehen werden.

Im weiteren wurde angeführt, welche Beschäftigungen und Funktionen Juden überhaupt nicht ausüben dürfen (z. B. Erzieher, Lehrer auf allen Stufen, Herausgeber und Redakteur von Zeitschriften, Büchern oder Presseerzeugnissen). Sodann folgte die Kategorie jener Funktionen und Beschäftigungen, die einer begrenzten Zahl von Juden zugänglich waren (z. B. Rechtsanwalt, Arzt, Ingenieur, privater Angestellter usw.). Was den Schulbesuch betrifft, konnte die Regierung durch entsprechende Verfügung die Zahl jüdischer Hörer an Hochschulen beschränken. Der jüdische Anteil am Unternehmenseigentum durfte 40 % nicht überschreiten. Ein Jude durfte nicht mehr Land bewirtschaften als 60 Katastraljoch Agrarbodens

⁵³ Slovenská pravda [Die slowakische Wahrheit], 7. 3. 1939; Urteil des Nationalgerichts in Preßburg gegen Dr. Tiso. ŠSÚA — NS Dr. J. Tiso TnJud 6/46. Der offizielle Titel lautete: „Entwurf der Regierungsverordnung (des Gesetzes) zur Sicherstellung des sozialen und gesellschaftlichen Gleichgewichts im Zusammenhang mit der jüdischen Frage“ (Návrh vládneho nariadenia (zákona) o zaistení sociálnej a hospodárskej rovnosti v súvisi so židovskou otázkou). Das Original ist in jenem Teil des schriftlichen Nachlasses von Sidor hinterlegt, den er vor der Besetzung Roms durch die Alliierten im Jahre 1944 in die Slowakei sandte. Abschrift des Entwurfs im Besitze des Autors.

⁵⁴ Einer der wenigen führenden Politiker der SVP, der nach Beendigung des Zweiten Weltkriegs vor Gericht teilweise seine Schuld zugab und sich als „verantwortlich für die Politik der SVP, wie sie die Partei in diesen schicksalsschweren Zeiten verwirklichte“, bezeichnete. ŠSÚA — NS Dr. K. Mederly TnJud 15/47—2.

ohne Rücksicht darauf, ob er Eigentümer oder Pächter des Landes war. Zu den wichtigen Teilen des Entwurfs gehörte die Bestimmung, derzufolge es den Juden ermöglicht werden sollte, ihren Entschluß zur Auswanderung aus der Slowakei zu verwirklichen, wobei es ihnen gestattet sein sollte, einen Teil ihres Eigentums mitzunehmen.

Die Vorstellungen von der künftigen Stellung der Juden rekapitulierte Dr. Mederly in einer lapidaren Kurzfassung auf der Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses des Landtags am 11. Mai 1939 mit den Worten: „Durch das Prügeln von schläfenlockigen Juden auf der Straße wird nichts erreicht — sie müssen ins slowakische Wirtschaftsleben eingeordnet werden, d. h. jetzt sollen die Juden dienen, so wie früher die Slowaken gedient haben⁵⁵.“ Auch in Gesprächen mit politisch Gleichgesinnten griff Dr. Mederly auf die erwähnten Gedanken zurück, um sie zu erläutern. Nach seiner Meinung war es notwendig, alle schöpferischen jüdischen Eigenschaften zu nutzen und sie in den Dienst am Aufbau der rückständigen Slowakei zu stellen. Die Verwirklichung erblickte er darin, daß den Juden Arbeits- und Unternehmensmöglichkeiten in ihren eigenen Unternehmen gegeben werden sollten, und zwar in hiezu bestimmten Bereichen und Fächern⁵⁶. Die praktische Verwirklichung dieses Planes hätte im Grunde die Rückkehr der Juden ins Ghetto bedeutet, wo sie nur bestimmte behördlich zugelassene Arbeiten und Berufe hätten ausüben können.

Aus den erhaltenen Archivadokumenten geht hervor, daß in diesem Zeitabschnitt weitere Entwürfe antijüdischer Verordnungen ausgearbeitet wurden.

Ende 1938 war im Präsidium der Landesregierung der Entwurf einer Regierungsverordnung konzipiert worden, die die Anmeldung und Bewertung jüdischen Eigentums zur Pflicht machte⁵⁷. Auf Anregung und unter Leitung des Landesministers für Verkehr und öffentliche Arbeiten Dr. D'určanský wurde in dessen Amt ein Komplex von acht Entwürfen von Gesetzesverordnungen antijüdischen Charakters ausgearbeitet und den einzelnen slowakischen Ministerien zur Begutachtung unterbreitet⁵⁸. Es handelte sich zunächst um den Entwurf eines Gesetzes über die Erwerbung der Landesangehörigkeit und des Heimatrechts, das inhaltlich dem Reichsbürgergesetz vom 15. September 1935 (Reichsgesetzblatt I, S. 1146) ähnelte. Sodann um den Entwurf von Regierungsverordnungen über die teilweise Regelung von Eigentum und Besitz landwirtschaftlichen Vermögens, über die Ausfuhr von Vermögen, über die provisorische Regelung und Überprüfung der Verzeichnisse der Rechtsanwälte, über die Regel gewisser GewerbeKonzessionen, über die Teilregelung der Verhältniszahl der Privatangestellten und über den Ausschluß gewisser Personen aus dem Staats-, öffentlichen und anderen Diensten. Die gutgeheißenen und verkündeten Maßnahmen sollten nur für das Land Slowakei Gültigkeit besitzen.

⁵⁵ ŠSÚA — SSR, Sitzungsprotokolle der Landtagsausschüsse. K. 291.

⁵⁶ Nach Mitteilung von P. Čarnogurský vom 24. 8. 1970.

⁵⁷ ŠSÚA — PSV 2591/39. K. 36.

⁵⁸ ŠSÚA — MV 3449/41. K. 161.

Neben diesem Entwurfskomplex hat sich noch ein weiterer erhalten, dessen Autor, Dr. Viršík, Gesellschafter Dr. D'určanskýs war⁵⁹. Sein Entwurf ist nur darum bemerkenswert, weil er die organisatorische Sicherung der antijüdischen Maßnahmen vorsieht. Man rechnete mit der Errichtung einer Landeszentrale für jüdische Angelegenheiten, die der Regierung verantwortlich sein sollte. Es ist nicht bekannt, ob der Entwurf auf einem offiziellen Forum diskutiert und vor allem ob er der Kommission für die Lösung der Judenfrage vorgelegt wurde.

Diese Entwürfe, so wie wir sie erwähnt haben, konnten wegen der kurzen Zeit der Existenz eines autonomen Landes Slowakei nicht verwirklicht werden. Wir können jedoch sagen, daß sie die in einer legislativen Regelung verhüllten offiziellen Ansichten über antijüdische Maßnahmen vorstellen, wie sie die beiden politischen Hauptströmungen der slowakischen Regierungskreise vertraten.

ABKÜRZUNGEN

- ABl = Amtsblatt
ADAP = Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik
BA = Bundesarchiv Koblenz
DBFP = Documents on British Foreign Policy
HÚSAV = Historický ústav Slovenskej akademie vied [Historisches Institut der Slowakischen Akademie der Wissenschaften]. Preßburg
ŠSÚA = Štátný slovenský ústredný archív [Staatliches slowakisches Zentralarchiv]. Preßburg
SÚA = Státní ústřední archiv [Staatliches Zentralarchiv]. Prag

⁵⁹ BA — Handakte Seyss-Inquart, Slowakei II, Dokument 40.